der Preussischen Regierung in Breslau

nebst öffentlichem Anzeiger.

Stück 34

Ausgegeben Breslau, den 20. August

1932

Bekanntmachungen für die nächste Nummer müssen bis spätestens Dienstag vorm. 9 Uhr bei der Amtsblattstelle eingehen.

Inhalt: 1. Inhalt der Nr. 52 Teil I und Nr. 20 Teil II des Reichsgesetzblattes, S. 247. — 2. Inhalt der Preuß. Gesetzsammlung, Nr. 42 und 43, S. 247. — 3. Verordnungen und Bekanntmachungen: h) der Preussischen Zentralbehörden: Gemeinnützigkeit von Lichtspieltheatern, S. 247. — d) des Regierungspräsidenten und der Regierung: Vermessungsanweisung XI, S. 247. — Verordnung über den Handel mit treibsfesten Pflanzentartoffeln, S. 248. — Polizeiverordnung über Aufhebung einer Chausseesperre, S. 247/48. — Lotterie, 2 mal, S. 248/49. — f) des Polizeipräsidenten in Breslau: Bekanntmachung betr. die Räumung der Wasserläufe II. und III. Ordnung, S. 249. — Fundstücken, S. 249. — g) anderer Behörden: Bilanz der Bauhandwerker-Genossenschaft e. G. m. b. H. in Breslau, S. 249. — Bezirksveränderung im Kreise Dels, S. 250. — Verlegung eines Weges, Gemartung Sterzendorf, S. 249/50. — Sitzung des Wasserversorgungs-Zweverbandes Silberberg (Sonderbeilage). — Umgemeindung im Kreise Gr.-Wartenberg, S. 250. — Polizeiverordnung (Wohnungsreform) des Ersten Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde in Dels (S.-B.). — Sicherungsbeschlüsse für landwirtsch. Betriebe u. Treuhänderbestellung (S.-B.) — 4. Personalnachrichten: Oberlandesgerichtsbezirk Breslau, S. 250

1. Inhalt des Reichsgesetzblattes.

Teil I.

605. Die Nummer 52 enthält:

die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens, vom 29. Juli 1932.

Teil II.

606. Die Nummer 20 enthält:

die Verordnung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz vom 19. Juli 1932, vom 25. Juli 1932.

2. Inhalt der Preuß. Gesetzsammlung.

607. Die Nummer 42 enthält:

Nr. 13771 die Verordnung über die Aufhebung von Amtsgerichten. Vom 30. Juli 1932.

608. Die Nummer 43 enthält:

Nr. 13772 die Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen, vom 1. August 1932.

3. Verordnungen u. Bekanntmachungen:

h) der Preussischen Zentralbehörden.

609. Betrifft: Gemeinnützigkeit von Lichtspieltheatern.

Im Anschluß an den Runderlaß vom 11. Februar d. J. — U. IV 2444 usw./31 — Zentr.-Bl. S. 91 wird bestimmt, daß die Anerkennung von Veranstaltungen ständiger Unternehmen als gemeinnützig im Sinne des Art. II § 2 Ziff. 7 der Bestimmungen des Reichsrats über die Vergnügungssteuer

in der Fassung vom 12. Juni 1926 (RGBl. I S. 262) nicht das Recht in sich schließt, eigene Lichtspieltheater steuerfrei zu betreiben. Zur Ausdehnung der Gemeinnützigkeitserklärung auch auf derartige Veranstaltungen bedarf es eines besonderen Antrages an den unterzeichneten Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß solchen Anträgen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wird stattgegeben werden können.

Zugleich im Namen der Preussischen Minister des Innern, der Finanzen, für Volkswohlfahrt und für Handel und Gewerbe.

Berlin, 23. 7. 1932.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

(U IV Nr. 6162 MfStWkuB. IV St. 683 Min. d. J. II B 1237 Fin. Min. Z 1540 Min. f. Volkswohlf. VI 5869 Min. f. H. u. G.)

d) des Regierungspräsidenten und der Regierung.

610. Die Vermessungsanweisung XI vom 11. März 1932 für die Umformung geographischer, sphäroidischer und konformer Koordinaten — zur Benutzung bei der Bearbeitung von Katasterneumessungen — ist erschienen und im Buchhandel durch die Firma R. Reiß G. m. b. H. in Liebenwerda (Sachsen) zum Preise von 6 RM. zu beziehen. (I. Kat. 1462.)
Breslau, 8. 8. 1932. Der Regierungspräsident.

611. Polizeiverordnung über Aufhebung einer Chausseesperre.

Auf Grund des § 37 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Ges.-Samml. S. 77) wird

vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses in Breslau folgende Polizeiverordnung erlassen:

Einzigster Paragraph.

Die Polizeiverordnung vom 26. Juli 1929 — I. 12. 113. T. 2989 —, betreffend Sperrung der Kunststraße Proban—Dittmannsdorf—Hammold mit der Verlängerung in die Gnadenfrei—Dirsdorfer Chaussee des Kreises Reichenbach von km 0,0 bis km 8,514 für den Durchgangsverkehr (veröffentlicht im „Frankensteiner Kreisblatt“ Nr. 61) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. (I. 12. 113 a. T. 434.)

Breslau, 12. 8. 1932. Der Regierungspräsident.

612. Verordnung über den Handel mit Krebsfesten Pflanzkartoffeln.

Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes im Wortlaut der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 — G.-S. S. 83 — ordne ich hiermit für den Regierungsbezirk Breslau (Liegnitz) folgendes an.

§ 1.

Wer Handel mit Krebsfesten Kartoffelsorten treiben und diese als Krebsfeste Pflanzkartoffeln in den Verkehr bringen will, hat dies vor Eröffnung des Betriebes der Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

Für diesen Handel gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Krebsfesten Kartoffeln sind so zu lagern, daß eine Vermengung mit anderen Kartoffeln ausgeschlossen ist.
2. Die einzelnen Krebsfesten Kartoffelsorten sind getrennt zu lagern.
3. Handelt es sich um Kartoffeln, die als anerkannte Krebsfeste Pflanzkartoffeln bezogen worden sind, so muß eine Bescheinigung einer zur Anerkennung berechtigten Körperschaft vorliegen, daß die Kartoffeln als Krebsfestes Saatgut anerkannt worden sind.
4. In den Verkaufsräumen ist ein Aushang mit der Aufschrift „Verkauf von Krebsfesten Pflanzkartoffeln“ an sichtbarer Stelle anzubringen.
5. Die für den Verkauf bestimmten Krebsfesten Pflanzkartoffeln sind mit Schildern zu versehen, die den Namen und die Herkunft enthalten. Bei anerkannten Krebsfesten Saatkartoffeln ist außerdem die Nachbanstufe (Originalanbau, erster Nachbau, älterer Nachbau) anzugeben.
6. Die Verkäufer haben jedem Käufer einen Lieferschein nach dem aus der Anlage ersichtlichen Muster auszustellen.
7. Die Lieferscheine sind fortlaufend zu nummerieren und Abschrift davon, geheftet, vom Verkäufer aufzubewahren.
8. Den mit der Aufsicht beauftragten Personen der Polizeibehörden und der Hauptstelle für Pflanzenschutz sind jederzeit auf Verlangen Einsicht in die Geschäftsbücher oder sonstigen Nachweise zu gewähren und sind auch sonst die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§ 2.

Alle im Frachtverkehr mit der Eisenbahn, mit Fuhrwerk oder zu Schiff eingehenden Sendungen

von Krebsfesten Pflanzkartoffeln, die in Krebsverfeuchten Gebieten oder in solchen Bezirken zur Entladung kommen, die durch Verordnung auf den Anbau Krebsfester Sorten umzustellen sind, unterliegen zum Zwecke der Prüfung auf Sortenechtheit und -reinheit dem Lichtkeimverfahren.

§ 3.

Empfänger der in § 2 bezeichneten Kartoffeln sind verpflichtet, zur Ausführung der Lichtkeimprüfung jeder Sendung während der Entladung eine Durchschnittsprobe bis zu 300 Knollen, mindestens aber 100 Knollen aus verschiedenen Stellen der Sendung durch eine amtliche oder sonst zuverlässige Personlichkeit — bei Zuziehung der letzteren in Gegenwart von 2 Zeugen entnehmen zu lassen.

§ 4.

Jede entnommene Knollenprobe ist amtlich zu versiegeln und unter Beifügung eines Zeugnisses über die erfolgte Probeentnahme der Hauptstelle für Pflanzenschutz, Breslau 10, Matthiasplatz 5, unmittelbar zur Ausführung der Lichtkeimprüfung auf Sortenechtheit und -reinheit einzuschicken. Der Probe sind außerdem eine Bescheinigung über die Sorte und Frachtbriefangaben beizufügen. Handelt es sich um anerkanntes Krebsfestes Saatgut, so sind der Grad des Nachbaues nachzuweisen oder eine Bescheinigung über die erfolgte Anerkennung beizubringen. Die Lichtkeimprüfung ist gebührenpflichtig.

§ 5.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150,— Reichsmark, im Nichtbeitreibungsfalle mit Haft bestraft.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Breslau, 9. 8. 1932. (1. 30. 118. T. 820.)

Der Regierungspräsident.

Muster.

Lieferschein Nr.

Dieser Schein ist sorgfältig aufzubewahren!

Name des Käufers:
Herr, Frau, Frä.:
Ort und Wohnung:
hat heute von untenstehender Firma — anerkanntes
— Saatgut von Krebsfesten Kartoffeln und zwar
. Ztr. der Sorte
Originalanbau — 1. Nachbau — älterer Nachbau
(Nichtzutreffendes ist durchzustreichen) bezogen.
Die Herkunft der Pflanzkartoffeln ist unter
Nr. in die Bezugsliste der Firma einge-
tragen. Von der Lieferung ist eine amtliche Probe
entnommen.
Ort und Datum:
Stempel oder Name der Firma und Unterschrift
des Ausgebers:
.

613. Infolge Erlasses des Herrn Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 6. August 1932, — Z. 8200 He/30. 6. W. M. 1. D. 2. 1487. F. M. — betr. I. Hessische Geldlotterie für soziale und kulturelle Zwecke 1932, sind von den Losen der vorbezeichneten,

für den Volksstaat Hessen genehmigten Lotterie (Ziehungstermin: 29. und 31. Oktober 1932) 25 000 Lose zu je 0,50 RM. in Preußen zugelassen.

Ich ersuche die Polizeibehörden dafür zu sorgen, daß der Vertrieb der Lose nicht beanstandet wird. (I. 38 — 119. T. 2245.)

Breslau, 13. 8. 1932. Der Regierungspräsident.

614. **Zufolge** Erlasses des Herrn Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 6. August 1932, — Z. 8200 He/25. 5. W. M. I. D. 2. 1488. F. M. — betr. 3. Geldlotterie des Deutschen Ledermuseums in Offenbach a. Main, sind von den Losen der vorbezeichneten, für den Volksstaat Hessen genehmigten Lotterie (Ziehungstermin Anfang Dezember 1932), 30 000 Lose zu je 0,50 RM. in Preußen zugelassen.

Ich ersuche die Polizeibehörden dafür zu sorgen, daß der Vertrieb der Lose nicht beanstandet wird. (I. 38 — 119. T. 2246.)

Breslau, 13. 8. 1932. Der Regierungspräsident.

f) der Polizeipräsidenten.

1. in Breslau:

615. Gefunden:

Am 27. 7.: 1 Aktentasche mit 2 Schablonen; am 1. 8.: 1 Fahrrad, 1 Geldbetrag; am 4. 8.: 1 Armb.-Uhr; am 6. 8.: 1 Paar Segeltuchschuhe, 1 Portem. m. Inh., 2 Blechbüchsen, 2 Fahrräder, 1 br. Aktentasche mit einer Brieftasche, 1 gold. Trauring „D. R.“, 1 Trauring, 1 Schutzdecke; am 7. 8.: 1 Fahrrad, 1 Damenschirm, 1 Aktentasche m. Gelbbetr., 1 silb. Damenuhr; am 8. 8.: 1 Fahrrad, 1 bl. Kinderkleid, 2 Bücher, 1 gold. Armb.-Kette, 1 Damenschirm; am 9. 8.: 1 Fahrrad, 1 Paddelboot, 1 Uhr; am 10. 8.: 2 Fahrräder, 1 Schirmüberzug, 2 Portem. m. Gelbbetr., 2 leere Frühstückstaschen; am 11. 8.: 1 Portem. m. Gelbbetr., 1 Nickeluhr, 1 Kühlerschutzdecke, 1 Paket m. Inh., 1 Handtasche m. Inh.; am 12. 8.: 1 Paket m. bl. Lüsterjacke, 1 Handtasche m. Inh., 1 Gefäß,

Zugelassen:

Am 6. 8.: 1 weiß. Pudel, am 7. 8.: 1 Schäferhund im Tierheim, Gaudauer Straße 127; am 7. 8.: ein Schäferhund bei Mangliers, Erwin, Herzogstraße 32; am 9. 8.: 2 Schäferhunde, am 10. 8.: 1 Dobermann, am 10. 8.: 1 Dogge im Tierheim, Gaudauer Straße Nr. 127.

Zugeflogen:

Am 28. 7.: 1 Wellensittich bei Ritter, Käthe, Borfigstraße 28; am 9. 8.: 1 Taube bei Gozsol, Paul, Brunnenstraße 21.

An die Verlierer ergeht die Aufforderung, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres schriftlich oder mündlich im Fundbüro des Polizeipräsidentiums, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 5/7, Erdgesch., zu melden.

Breslau, 13. 8. 1932.

Der Polizeipräsident — Fundbüro.

616. Bekanntmachung.

Die rechtzeitige und gründliche Räumung der Wasserläufe II. und III. Ordnung ist insbesondere zur Vermeidung schwerer landwirtschaftlicher Schäden durch Hoch- und Druckwasser von größter Bedeutung.

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 12. November 1927 über die Unterhaltung der Wasserläufe II. und III. Ordnung und die dazu ergangene Erweiterungspolizeiverordnung vom 15. März 1929 fordere ich gemäß § 3 a. a. D. die zur Räumung und Unterhaltung der Wasserläufe Verpflichteten hierdurch auf, in der Zeit vom 1. bis 20. September d. J. die in den §§ 4—9 a. a. D. näher bezeichneten Räumungs- und Unterhaltungsarbeiten durchzuführen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, daß die Wasserläufe von unten, also stromaufwärts, geräumt werden.

Zu den Aufgaben der Unterhaltung der Wasserläufe gehört insbesondere die Beseitigung von Versträuchungen und Böschungsab- bzw. Ausbrüchen. Auch die Vorflut beeinträchtigende Anlandungen in Wasserläufen hat der Unterhaltungspflichtige zu entfernen. In Unterlassungsfällen wird unnachlässiglich mit Strafmaßnahmen vorgegangen werden. Auch haben Säumige gemäß § 11 a. a. D. außer der Bestrafung noch Verwaltungszwangmaßnahmen zu gewärtigen. Nach Ablauf der Frist werden die Schauämter bzw. die zuständigen Polizeireviere an Ort und Stelle prüfen, ob die vorgeschriebenen Räumungs- und Unterhaltungsarbeiten sachgemäß ausgeführt worden sind. (III. 120⁰¹ Nr. 6/II.)

Breslau, 14. 8. 1932. Der Polizeipräsident.

g) anderer Behörden.

617. Bilanz **der Bauhandwerker-Genossenschaft e. G. m. b. H.** Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 30.

Aktiva.

Grundstücks-Konto	RM.	467 229,92
	Aktiva	RM. 467 229,92

Passiva.

Hypotheken-Konto	RM.	435 414,23
Sonstige Kredit	=	31 502,69
Vermögen	=	313,—
	Passiva	RM. 467 229,92

Breslau, 29. 7. 1932.

Bauhandwerker-Genossenschaft e. G. m. b. H.

Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 30.

Die Liquidatoren.

Franz Gabel. Albert Wrana.

Durch Beschluß der außerordentlichen General-Versammlung vom 3. 8. 1932 ist die obige Genossenschaft in Liquidation getreten. Gläubiger wollen ihre Ansprüche zur Geltung bringen.

618. Bekanntmachung **über die Verlegung des Weges Gemarkung** **Sterzendorf Kartenblatt VIII, Parzelle 170.**

Auf Antrag des Landwirts Franz Mainka in Falkowitz D.-S. soll der Interessentenweg, der von dem Hauptweg Sowade—Falkowitz D.-S. durch das Grundstück des Antragstellers nach Sterzendorf—Dschel führt, verlegt werden. Der neue Weg soll auf dem Grundstück des Antragstellers längs der Grenze von Karl Hanusa, in 5 Meter Breite, vom Sowadeweg nach dem Sterzendorf—Dscheler Weg führen.

Etwasige Einsprüche gegen die Verlegung des Weges sind binnen 4 Wochen, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses, bei der unterzeichneten Wegpolizeibehörde geltend zu machen.

Sterzendorf, 8. 8. 1932.

Der Amtsvorsteher als Wegpolizeibehörde.

619. Der Kreis-Ausschuß Groß-Wartenberg hat folgenden Beschluß gefaßt:

Auf Antrag der Beteiligten wird gemäß § 2 VGD. in Verbindung mit § 1 Ziffer 3 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 27. Dezember 1927 G.-S. S. 211 und den dazu ergangenen Ausführungsanweisungen vom gleichen Datum die in der Gemeinde Drungawe liegende Parzelle Grundbuch Bd. 4 Bl. 83 Artikel 81 Kartenblatt 4 Parzelle Nr. 37 „in den

Kliniken Plan N. 100“, Besitzer Landwirt Vinzenz Rubh-Goschütz, aus dem Gemeindebezirk Drungawe aus- und in den Gemeindebezirk Goschütz eingemeindet. (K. A. 9154.)

Groß-Wartenberg, 1. 8. 1932. Der Kreis-Ausschuß. **620.** Der Kreis-Ausschuß Groß-Wartenberg hat folgenden Beschluß gefaßt:

Auf Antrag der Beteiligten wird gemäß § 2 VGD. in Verbindung mit § 1 Ziffer 3 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 27. 12. 1927 G.-S. S. 211 und den dazu ergangenen Ausführungsanweisungen vom gleichen Datum die in der Gemeinde Drungawe liegende Parzelle Nr. 84 Artikel 91 Kartenbl. 5, Besitzer Franz Kahle, aus dem Gemeindebezirk Drungawe aus- und in den Gemeindebezirk Lassifken eingemeindet. (K. A. 7555.)

Groß-Wartenberg, 1. 8. 1932. Der Kreis-Ausschuß.

621.

Bezirksveränderung.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 12. Mai 1932 sind die Parzellen:

Gemarkung	des Kartenblattes	Nummer		Flächeninhalt			Reinertrag Tr. ¹ / ₁₀₀	Bezeichnung der Lage	Eigentümer
		der Parzelle		ha	a	qm			
Brieße Nr. 12	1	3	—	1	00	—	Grenzweg m. Sechskiefern } daselbst } von Brieße n. Festenberg Festnberger Straße der Kirch-Acker der Kirchwald daselbst	Öffentliche Wege u. Gewässer desgl. " " " " " Eogl. Kirchengemeinde zu Brieße dieselbe "	
		6	—	8	20	—			
		7	—	3	80	—			
		12	—	11	20	—			
		13	—	7	70	—			
		14	—	4	10	—			
		15	—	11	50	—			
		16	—	9	20	—			
		17	—	63	80	—			
		10	—	1	02	10			2,—
		49/11	—	33	29	0,22			
		51/11	—	62	41	0,41			
aus dem Gemeindebezirk Brieße in den Gemeindebezirk Sechskiefern und die Parzellen									
Grüne Nr. 43	1	5	—	4	10	—	Grenzweg Nach dem Forst	Öffentliche Wege und Gewässer desgl. " der vorm. König von Sachsen Friedrich August	
		10	—	4	60	—			
		13	—	6	60	—			
		86/16	—	4	75	—			

aus dem Gemeindebezirk Großgraben in den Gemeindebezirk Sechskiefern mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab umgemeindet worden. (K. I. 4102).

Dels, den 2. August 1932.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

4. Personalmeldungen.

Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau sind zu besetzen durch den Oberlandesgerichtspräsidenten:

1 Obergerichtsvollzieherstelle beim Amtsgericht Oppeln,

1 Obergerichtsvollzieherstelle beim Amtsgericht Bad Reinerz,

1 Justizwachtmeister- und Hauswartzstelle beim Amtsgericht in Patschlau,

1 Justizwachtmeisterstelle beim Amtsgericht in Benthen Oberschl.

Hierzu drei Sonderbeilagen: 1. Sicherungsbeschlüsse für landwirtschaftl. Betriebe u. Treuhänderbestellung 2. Satzung des Wasserversorgungs-Zweckverbandes Silberberg. 3. Polizeiverordnung (Wohnungsreform) Dels

Einrückungsgebühren für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 30 R^h. Preis der Beilagsblätter und einzelnen Stücke 10 R^h für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 R^h für jedes Stück. Schriftleitung: Amtsblattstelle der Regierung. — Druck: Graf, Barth & Comp. (W. Friedrich); Breslau. Amtsblatt-Redaktion im Regierungsgebäude am Lessingplatz.

Sonderbeilage

zum Amtsblatt der Preussischen Regierung in Breslau

zu Stück 34

Ausgegeben Breslau den 20. August

1932

Satzung

des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg

§ 1.

Die Stadtgemeinde Silberberg, die Landgemeinde Peterwitz, Obersdorf, Raschgrund, Neudorf, Rothwaltersdorf, Eckersdorf, Schlegel, Volpersdorf und Ebersdorf sowie die Gutsbezirke Eckersdorf und Rothwaltersdorf bilden einen Zweckverband im Sinne der Bestimmungen des Zweckverbandsgesetzes vom 19. 7. 1911 (G. = S. S. 115).

§ 2.

Zweck des Verbandes ist die Herstellung und der Betrieb einer gemeinsamen Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der unter § 1 genannten Verbandsglieder mit Brauch- und Trinkwasser in Gemäßheit des Projektes des Zivilingenieurs Gustav Krahl in Breslau vom 8. April 1926 und den durch die Weiterentwicklung bedingten Abänderung unter der Bedingung, daß die Kosten der Wasserversorgung einschließlich der Installation die von Krahl vorausgeschlagte Bausumme um höchstens 12 Proz. übersteigen darf.

§ 3.

Der Zweckverband führt die Bezeichnung „Wasserversorgungszweckverband Silberberg“. Der Sitz der Verwaltung ist Silberberg.

§ 4.

Aber die Angelegenheiten des Verbandes beschließt der Verbandsausschuß unter Vorsitz des Verbandsvorstehers oder seines Stellvertreters. Zum Verbandsausschuß stellen die beteiligten Verbandsglieder:

bei einem täglichen Wasserverbrauch bis 50 Kubikmeter, innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes, 1 Abgeordneter,

bei einem täglichen Wasserverbrauch von 51 bis 150 Kubikmeter, innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes, 2 Abgeordnete,

bei einem täglichen Wasserverbrauch von 151 Kubikmeter und mehr, innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes 3 Abgeordnete, mindestens jedoch je einen Abgeordneten.

Auf Grund ihres Amtes gehören dem Verbandsausschuß an:

der Bürgermeister von Silberberg,
die Gemeindevorsteher der Landgemeinden und die Gutsvorstände der Gutsbezirke oder ein von

diesen zu bestimmendes Mitglied der Verwaltung. Die Gutsvorstände können einen anderen Vertreter bestellen. Diese ohne vorherige Wahl angehörenden Abgeordneten sind der Gesamtzahl des Verbandsausschusses einzurechnen. Die übrigen Abgeordneten werden durch die Vertretungskörperschaften auf die Zeit von 4 Jahren gewählt. Für jeden gewählten Abgeordneten wird zugleich ein Ersatzmann gewählt, der im Falle der Behinderung des ersteren auch ohne besondere Einladung befugt ist, für ihn einzutreten. Wählbar sind nur solche Personen, welche in die Vertretungskörperschaft gewählt werden können. Für die erste Wahl sind die vom Zivilingenieur Krahl aus Breslau im generellen Projekt vom 8. 4. 1926 und den durch die Weiterentwicklung bedingten Abänderungen angegebenen Wasserverbrauchsziffern maßgebend und zwar entfallen hier-
nach:

auf die Stadt Silberberg	3 Abgeordnete,
auf die Landgemeinde Peterwitz	3 "
auf die Landgemeinde Obersdorf	2 "
auf die Landgemeinde Raschgrund	1 "
auf die Landgemeinde Neudorf	1 "
auf die Landgemeinde Rothwalters-	
dorf	2 "
auf die Landgemeinde Eckersdorf	2 "
auf die Landgemeinde Schlegel	3 "
auf die Landgemeinde Volpersdorf	2 "
auf die Landgemeinde Ebersdorf	2 "
auf den Gutsbezirk Rothwaltersdorf	1 "
auf den Gutsbezirk Eckersdorf	1 "

Nach erfolgter Auflösung der Gutsbezirke werden ihre Abgeordnetenplätze den Gemeinden zugeteilt, denen die Gutsbezirke zugeteilt werden.

Die Zahl der Abgeordneten beträgt demnach 23.

Ferner erhalten im Verbandsausschuß die Herren Vorsitzenden der Kreisausschüsse Frankenstein und Neurode Sitz und Stimme.

Im übrigen wird die Zahl der Abgeordneten vor jeder Neuwahl vom Verbandsausschuß nach Maßgabe des Wasserverbrauchs der Verbandsglieder im Durchschnitt des letzten Jahres festgesetzt. In Streitigkeiten entscheidet die Kommunalaufsichtsbörde. In den Sitzungen des Verbandsausschusses hat jeder Abgeordnete eine Stimme.

§ 5.

Der Verbandsausschuß beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit er nicht durch Beschlüsse gewisse Angelegenheiten einem engeren Ausschuß oder dem Verbandsvorsteher überträgt.

Beschlüsse des Verbandsausschusses über:

- a) Änderung in der Satzung;
- b) Ausscheiden von Verbandsgliedern und Aufnahme neuer Verbandsglieder, Auflösung des Verbandes;
- c) Aufnahme von Anleihen, durch die der Zweckverband mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, sowie die Übernahme von Bürgschaften auf den Zweckverband, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Anwesenheit und Zustimmung von $\frac{1}{2}$ aller Stimmberechtigten, und zu a und c der Bestätigung durch den Bezirksausschuß.

Andere Beschlüsse erfordern die Anwesenheit von mehr als die Hälfte aller Abgeordneten und werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Verbandsvorstehers gegebenenfalls seines Stellvertreters den Ausschlag.

Findet nach festgestellter Beschlussunfähigkeit eine neue Sitzung über dieselbe Angelegenheit statt, so ist der Verbandsausschuß ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen in jedem Falle beschlußfähig. Auf diese Bestimmung ist in der Einladung zur zweiten Sitzung aufmerksam zu machen.

Die Bildung eines engeren Ausschusses innerhalb des Verbandsausschusses, dem besondere Befugnisse übertragen werden können, bleibt einem Beschuß des Verbandsausschusses vorbehalten.

§ 6.

Der Verbandsausschuß wird vom Verbandsvorsteher und in dessen Behinderung von seinem Stellvertreter unter Angabe der Beratungsgegenstände mit Postzustellungsurkunde berufen, so oft es die Geschäfte erfordern oder wenn mindestens $\frac{1}{3}$ der Stimmberechtigten es verlangt.

Zwischen der Zusammenberufung und dem Verhandlungstage müssen — außer in dringenden Fällen — mindestens vier Tage frei bleiben.

Die Verhandlungen sind im allgemeinen öffentlich, doch kann der Verbandsausschuß den Ausschluß der Öffentlichkeit beschließen.

§ 7.

Die ausführende Behörde des Zweckverbandes ist der Verbandsvorsteher.

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wählbar ist jeder Einwohner eines Verbandsgliedes, der in die Vertretungskörperschaften der Verbandsglieder wählbar ist.

§ 8.

Der Verbandsvorsteher bezw. sein Stellvertreter führt den Vorsitz im Verbandsausschuß mit vollem Stimmrecht. Er bereitet die Sitzungen des Ver-

bandsausschusses vor, führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Urkunden und Ausfertigungen von Urkunden, durch welche der Zweckverband Verpflichtungen übernimmt, müssen außer vom Verbandsvorsteher von einem Abgeordneten mit unterzeichnet werden.

§ 9.

Über Gewährung von Vergütungen an den Verbandsvorsteher und die Abgeordneten entscheidet der Verbandsausschuß.

§ 10.

Der Verband ist berechtigt und verpflichtet, in sinngemäßer Anwendung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893 (W. = S. S. 152) Gebühren (Wasserzins) zu erheben und zwar sind die Kosten für die Tilgung und Verzinsung des Baukapitals sowie die Verwaltungskosten von allen Angehörigen der Verbandsglieder durch einen gleichmäßigen auf den Verbrauch gelegten Wasserzins aufzubringen.

Der Verbandsausschuß regelt die Art der Gebührenerhebung durch Satzung.

Es bleibt dem Verbandsausschuß überlassen, abweichend von den vorstehenden Bestimmungen Großabnehmern eine Ermäßigung des Wasserzinses zu gewähren.

§ 11.

Die Angehörigen der Verbandsglieder sind zur Mitbenutzung der öffentlichen Anlagen, Anstalten und Einrichtungen des Zweckverbandes nach Maßgabe der zu erlassenden Benutzungs Vorschriften berechtigt.

§ 12.

Über Beschwerden und Einsprüche, welche betreffen:

1. das Recht zur Mitbenutzung der Anlagen, Anstalten und Einrichtungen des Zweckverbandes;
2. die Heranziehung zu den Gebühren, Beiträgen und Umlagen für Verbandszwecke

beschließt der Verbandsausschuß bezw. ein von diesem zu wählender Unterausschuß unter Vorsitz des Verbandsvorstehers.

Einsprüche in den Fällen zu 2 sind binnen einer Ausschußfrist von vier Wochen zulässig.

Gegen die auf Beschwerden und Einsprüche ergangenen Beschlüsse ist binnen einer Frist von 2 Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren bei dem Bezirksausschuß zulässig.

Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge nicht aufgehoben.

§ 13.

Das Geschäftsjahr des Verbandes läuft vom 1. April bis 31. März.

§ 14.

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Silberberg, Bez. Breslau, den 9. März 1928.

Wasser- und Versorgungs-Zweckverband Silberberg.
Der Verbandsvorsteher.

(Siegel.)

F. W.:

gez. Jäschke, Amtsvorsteher.

Vorstehende Satzungsänderung wird gemäß § 9 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1907 hiermit bestätigt.

Breslau, den 31. März 1928.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

(Siegel.)

In Vertretung:
gez.: B o c h a l l i.

Bestätigung.

Bl. 546/28.

Veröffentlicht.

Silberberg, den 10. April 1928.

Der Verbandsvorsteher.

(Siegel.)

J. B.
gez.: J ä s c h k e.

Satzung des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg.

Auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 19. 7. 1911 und des § 6 der Landgemeindeordnung vom 3. 7. 1891 und des § 11 der Städteordnung vom 30. 5. 1853 und der §§ 1, 4, 7, 8, 9, 69, 87 und 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893 wird für das Gebiet des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg gemäß des Beschlusses des Verbandsausschusses vom 17. 3. 1932 unter Aufhebung des Beschlusses über Satzungsänderung vom 14. 3. 1931 folgende Satzungsänderung beschlossen:

1. Nachtrag.

§ 1 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

Die Stadtgemeinde Silberberg, die Landgemeinden Raschdorf, mit Ortsteil Raschgrund, Schönwalde, Peterwitz, Obersdorf, Reudorf, Rothwaltersdorf, Ebersdorf, Schlegel, Volpersdorf und Ebersdorf und die Landkreise Frankenstein und Neutode bilden einen Zweckverband im Sinne der Bestimmungen des Zweckverbandsgesetzes vom 19. 7. 1911 (Ges.-S. 115).

§ 4 erhält folgende neue Fassung:

Über die Angelegenheiten des Verbandes beschließt der Verbandsausschuß unter Vorsitz des Verbandsvorstehers oder seines Stellvertreters. Zum Verbandsausschuß stellen die beteiligten Verbandsglieder:

bei einem täglichen Wasserverbrauch bis 30 Kubikmeter innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes,

1 Abgeordneter,

bei einem täglichen Wasserverbrauch von über 30 bis 60 Kubikmeter innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes

2 Abgeordnete,

bei einem täglichen Wasserverbrauch von über 60 Kubikmeter und mehr innerhalb der Grenzen des Verbandsgliedes,

3 Abgeordnete,

mindestens jedoch je einen Abgeordneten

Auf Grund ihres Amtes gehören dem Verbandsausschuß an: der Bürgermeister von Silberberg, die Gemeindevorsteher der Landgemeinden und die Vorsitzenden der Kreisausschüsse der Landkreise Frankenstein und Neutode.

Diese ohne vorherige Wahl angehörig Abgeordneten sind der Gesamtzahl des Verbandsausschusses einzurechnen, die übrigen Abgeordneten werden durch die Vertretungskörperschaft auf dieselbe Wahldauer wie die Gemeindevertretung gewählt, d. h. nach jeder Kommunalwahl haben auch die Neuwahlen dieser Abgeordneten zu erfolgen.

Für jeden gewählten Abgeordneten wird zugleich ein Ersatzmann gewählt, der im Falle der Behinderung des ersteren auch ohne besondere Einladung befugt ist, für ihn einzutreten.

Wählbar sind nur solche Personen, welche in die Vertretungskörperschaft gewählt werden können und Wasser aus der Verbandsleitung entnehmen.

Die Zahl der Abgeordneten wird vor jeder Neuwahl vom Verbandsausschuß nach Maßgabe des Wasserverbrauchs der Verbandsglieder im Durchschnitt des letzten Rechnungsjahres festgesetzt. In Streitigkeiten entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde. In den Sitzungen des Verbandsausschusses hat jeder Abgeordnete eine Stimme.

§ 7 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden auf dieselbe Dauer wie der Verbandsausschuß gewählt, so daß nach jeder Neuwahl des Verbandsausschusses auch die Neuwahl des Verbandsvorstehers und Stellvertreters zu erfolgen hat.

Wählbar ist jeder Einwohner eines Verbandsgliedes, der in die Vertretungskörperschaften der Verbandsglieder wählbar und Wasser aus der Verbandswasserleitung entnimmt.

§ 9 erhält folgenden Zusatz:

Die Festsetzung der Bezüge der Beamten bezw. Angestellten des Verbandes erfolgt durch den Verbandsausschuß.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft.

Silberberg, den 17. März 1932.

Der Verbandsausschuß:

gez. Neumann, Babelt, Schöber,
gez. J ä s c h k e.

Vorstehender 1. Nachtrag zur Satzung des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg wird gemäß § 9 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1907 hiermit bestätigt.

Breslau, den 28. Juli 1932.

Namens des Bezirksausschusses:

Der Vorsitzende.

In Vertretung:

(Siegel.) gez. F r h r. v o n R i c h t h o f e n.

Bestätigung.

Bl. 253/31 1. Ang.

Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Wasserleitung des Zweckverbandes Silberberg.

Auf Grund der Ausschussfözung des Zweckverbandes vom 23. Mai 1929 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 4, 7, 8, 69 und 70 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 für den Bezirk des Wassererversorgungszweckverbandes die nachfolgende Gebührenordnung erlassen:

§ 1.

Für die Benutzung der Wasserleitung wird eine zur Kasse des Zweckverbandes fließende Gebühr erhoben.

Die Erhebung der Gebühr erfolgt durch die Gemeindevorsteher der dem Wassererversorgungszweckverband angeschlossenen Gemeinden.

Für jedes Grundstück, welches der Verpflichtung zum Anschluß an die Zweckverbandsleitung unterliegt, sind Gebühren (Wasserzins) zu entrichten. Die Entrichtung der Gebühren kann durch die Verbraucher selbst gewählt werden, und zwar nach dem Pauschaltarif „A“ oder nach dem Verbrauch nach dem Tarif „B“.

Zum Jahresßchluß nach vorangegangener dreimonatlicher Kündigung kann von einem zum anderen Tarif übergegangen werden.

Tarif A (ohne Wassermesser):

Der Tarif A ist aufgestellt unter Zugrundelegung eines Wasserzinses von 35 Pfg. je ehm für Hausgebrauch, 25 Pfg. je ehm für Landwirtschaft.

1. Für jeden Einwohner:

(Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgerechnet) und für jeden Wohn- und Geschäftsraum jährl. 3,50 RM.

(als solche Räume gelten nicht leerstehende Räume und solche unter 7 qm Grundfläche, Küchen gelten als Wohnräume),

2. für jedes auf dem Grundstück stehende Pferd	3,50	=
3. für jedes Stück Rindvieh	3,50	=
4. für jedes Stück Jungvieh (Fohlen und Kälber)	2,00	=
5. für jedes Stück Kleinvieh (Schafe, Ziegen, Schweine)	1,00	=
6. für die Benutzung der Haupthydranten durch die Gemeinden als Spreng- und Feuerlöschwasser	10,00	=

Kirchen und Schulen erhalten frei Trinkstellen.

Zur Pflege von Friedhöfen soll Wasser nach Messer abgegeben werden.

7. für die Benutzung der Privathydranten durch die Grundstücksbesitzer, wie Wagentwaschen, Hofsprenge, für 1 Stück	15,00	=
plombiert nur für Feuerlöschzwecke	0,00	=

8. für Wasserflozette:

a) in Jahresbetrieben (in Logierhäusern, Gasthäusern und Hotels)	20,00	RM.
b) in Saisonbetrieben (in Logierhäusern, Gasthäusern und Hotels)	10,00	=
c) für Privathäuser	6,00	=

9. für jedes Beckenpissoir:

a) in Jahresbetrieben (in Logierhäusern, Gasthäusern und Hotels)	12,00	=
b) in Saisonbetrieben (in Logierhäusern, Gasthäusern und Hotels)	6,00	=

10. für Wasserentnahme zu Neubauten:

einmalig 5 % des Bauwertes, oder nach Wassermesser ehm 0,40 =

11. Die Verwendung von Leitungswasser zur Gartensprengung bedarf einer besonderen Vereinbarung und Genehmigung des Verbandes.

12. bei verbotswidrigem Gebrauch von Leitungswasser in wasserarmer Zeit, z. B. für Gießen im Garten, Sprengen von Straßen, Entnahme aus dem Privathydranten, pro Fall	5,00	=

Der Gebührenordnung zu Ziffer 2—5 ist der an jedem Viehzählungstage vorhandene Bestand an Pferden, Rindern und Kleinvieh zugrunde zu legen.

Die Veranlagung zu Ziffer 1—12 erfolgt am Schluß jeden Kalenderjahres.

Der Gebührenausschuß kann im Einzelfalle bei nachgewiesenem Mißbrauch jederzeit die Aufstellung von Wassermessern und die Bezahlung des entnommenen Wassers nach deren Angaben beschließen.

Tarif B (nach Wassermessern):

1. für Kleinabnehmer bis zu 50 ehm Monat	0,35	RM. ehm
2. für Großabnehmer bei einem Verbrauch von 50 bis 100 ehm Monat	0,30	=
für den weiteren Verbrauch von 100 bis 150 ehm	0,25	=
für den weiteren Verbrauch von 150 bis 200 ehm	0,20	=
jede weitere Entnahme über 200 bis 300 ehm Monat	0,10	=
und darüber	0,05	=

3. Wassermessermiete:

a) für 13-Millimeter-Messer	6,00	RM.
b) für 20-Millimeter-Messer	8,00	=

Für größere Wassermesser wird von Fall zu Fall die Wassermessermiete vom Gebührenausschuß festgesetzt.

§ 2.

Bei Zusammenrechnung des Monatsverbrauchs nach dem Stande der Wassermesser müssen die im

speziellen Projekt vom August 1928, Erläuterungsbericht Seite 11, angegebenen Verbrauchszahlen je Kopf und Tag mindestens erreicht werden. (30 Liter für jeden Bewohner, 40 Liter für jedes Stück Großvieh, 10 Liter für jedes Stück Kleinvieh.) Dieser Mindestverbrauch wird dem Verbraucher in jedem Falle in Rechnung gestellt.

Ergibt sich bei der Feststellung der Wassermengen nach Wassermessern, daß der angeführte Mindestverbrauch im Laufe des Rechnungsjahres überschritten ist, so ist für den Mehrverbrauch ein Wasserzins von nur 10 Pfennig je cbm anstatt 35 Pfennig zu zahlen.

§ 3.

Werden Grundstücke, für welche die Anschlußverpflichtung nicht besteht, freiwillig an die Wasserleitung angeschlossen, so sind für das entnommene Wasser Gebühren in derselben Höhe zu entrichten, wie bei den zum Anschluß verpflichteten Grundstücken. Auch die sonstigen Bestimmungen finden auf die freiwillig angeschlossenen Grundstücke Anwendung.

Sofern Anschlüsse nach dem 10. Juli 1929 beantragt werden an Straßen, die mit Wasserleitungsrohr versehen, hat der Antragsteller außer den Gesamtkosten für die Abzweigleitung eine vom Gebührenauschuß nach dem Umfang der Wasserentnahme festzusetzende Anschlußgebühr zu bezahlen.

Die Höchstgebühr beträgt bei Anschluß
bis zum 31. Dezember 1929 . . . 50 RM.
bis zum 30. Juni 1930 . . . 100 RM.
später 150 RM.

Für Anschluß von Neubauten werden besondere Abmachungen getroffen.

Die Unterhaltung der Wassermesser erfolgt durch die Wasserwerksverwaltung für eigene Rechnung.

Die Kosten für Beseitigung von Schäden bei den Wassermessern, die durch die Fahrlässigkeit des Wasserentnehmers herbeigeführt sind, fallen jedoch dem Letzteren zur Last.

§ 4.

Die Ablesung der Wassermesser erfolgt monatlich oder vierteljährlich durch Beauftragte des Verbandes. Es werden nur volle cbm in Rechnung gestellt. Im Falle ein Wassermesser nicht ordnungsmäßig anzeigt, wird für den Zeitraum des verflossenen Monats der Durchschnitt des Wasserverbrauchs der letzten drei Monate angerechnet.

Auf Antrag des Entnehmers ist die Wasserwerksverwaltung verpflichtet, eine Prüfung des Wassermessers vorzunehmen. Ergibt diese einen Fehler des Messers von mehr als 5 v. H., so fallen die Kosten für die Prüfung und Auswechslung dem Verbands, im anderen Falle dem Antragsteller zur Last.

§ 5.

Die Gebühren sind von dem Eigentümer des an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücks zu entrichten.

Geht ein an die Wasserleitung angeschlossenes Grundstück in anderes Eigentum über, so ist der neue Eigentümer zur Bezahlung des seit der letzten Ablesung des Wassermessers verbrauchten Wassers verpflichtet.

Für die Gebühren haftet außer dem Eigentümer auch der Nießbraucher. Mehrere Eigentümer und Nießbraucher haften als Gesamtschuldner.

Die gleichen Grundsätze gelten auch für die Erhebung der Pauschgebühr.

§ 6.

Die Gebühren (Wasserzins) für das ohne oder mit Wassermesser bezogene Wasser sind allmonatlich bis zum 15. des folgenden Monats an die Gemeindekasse, zu welcher das Grundstück gehört, oder auf besondere Anordnung an die Verbandskasse zu zahlen.

Die Gemeindekassen sind verpflichtet, diese Beträge für die Zweckverbandskasse zu verbuchen und bis spätestens zum Monatschluß an die Verbandskasse weiter zu leiten.

Rückstände an Wasserzins und etwaige Kosten werden, wie andere öffentliche Abgaben, im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

Eine zeitweise Nichtbenutzung der Wasserleitung in den Grundstücken, die weniger als 4 Wochen dauert, berechtigt nicht zum Erlaß der Wasserzinsgebühren.

§ 7.

Die Verpflichtung zur Zahlung des Wasserzinses bei Neubauten oder wieder aufgebauten Gebäuden beginnt mit dem ersten Tage desjenigen Monats, in dem mit der Bewohnung oder mit der Nutznießung begonnen wurde. Gebäude oder Räume, die länger als 4 Wochen unbenutzt sind, bleiben bei Wahl des Pauschaltarifs bis zur Wiederbenutzung gebührenfrei. Verspätete Meldungen, die an den Verband zu richten sind, finden keine Berücksichtigung.

Einsprüche gegen die Höhe der Gebührenbeträge sind innerhalb der Anschlußfrist von 4 Wochen, vom ersten Tage nach Empfang der Zahlungsaufforderung ab, bei dem Gemeindevorsteher zu erheben, in dessen Gemeindebezirk das Grundstück liegt.

Der Einspruch hat schriftlich zu erfolgen. Über den Einspruch beschließt der Gebührenauschuß. Gegen diesen Beschluß ist binnen zwei Wochen Klage im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Bezirksauschuß zulässig. Die Zahlung der festgesetzten Gebühren wird durch den Einspruch nicht aufgehalten.

§ 8.

Die Verordnung tritt für den Wasserentnehmer mit Ablauf von zwei Wochen, nachdem der Anschluß seitens der Verbandsleitung oder seitens der Beauftragten im Betriebe übergeben wird, in Kraft.

§ 9.

Die Veröffentlichung der vorstehenden Gebührenordnung erfolgt in den Kreisblättern für Neurode und Frankenstein.

Silberberg, den 23. Mai 1929.

Der Verbandsauschuß.

Neumann. Felle. Buhl. Jäschke.

Vorstehende Gebührenordnung für die Benutzung der Wasserleitung des Zweckverbandes Silberberg wird hiermit genehmigt.

Breslau, den 11. Juli 1929.

(Siegel.)

Genehmigung Der Bezirksauschuß.
Bl. 695/29. gez. Unterschrift.

Gebühren-Ordnung.

Für die Ordnung betr. Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Wasserleitung vom 23. 5. 1929 wird in Gemäßheit der §§ 4, 7, 8, 69 und 70 des Komm.-Abg.-Ges. vom 14. 7. 1893 für den Bezirk des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg folgende Abänderung und Nachtrag beschlossen:

1. Nachtrag.

Zu § 1, hinter Abs. 4 wird folgender Abs. hinzugefügt:

Ausgenommen von der freien Auswahl der Tarife sind solche Wasserabnehmer, welche das Wasser zur Ausübung des Berufes (Gewerbetreibende pp.) entnehmen. In solchen Fällen ist das Wassergeld nach dem Wassermessertarif zu entrichten.

§ 1, Ziffer 12 wird folgender Satz zugefügt:

Die Verbandsleitung kann auch zeitweise die Privathydranten plombieren.

§ 1, hinter Ziffer 12 wird neu hinzugefügt:

Ziff. 13: Veränderungen bei der Gebührenberechnung zu Ziff. 1 des Tarifs A von Personen und Wohnräumen werden nur bei Ver- und Zuzug ganzer Familien sowie bei Todesfällen monatlich berücksichtigt, soweit diese durch den Gemeindevorsteher vom Grundstücksbesitzer dem Verband angezeigt werden.

Bei sonstigen Zu- und Abgängen von Personen und Wohnräumen ist in jedem Falle als Stichtag der 1. April und 1. Oktober für die Berechnung maßgebend. Der Grundstücksbesitzer oder dessen Vertreter ist verpflichtet, diese Veränderungen dem Verband durch den Gemeindevorsteher schriftlich anzuzeigen.

Tarif B: nach Wassermesser:

Hinter Ziff. 3 wird neu hinzugefügt:

Ziffer 4: Fremde Wasserwerke, die nur Zuschußwasser entnehmen, gelten nicht als Großabnehmer. Zu § 2 letzter Abs. wird hinzugefügt:

Ausgenommen von dieser Ermäßigung sind solche Wasserabnehmer, die das Wasser zu ihrem gewerblichen Betriebe, und Landwirte, die nur Wasser für den Hausgebrauch entnehmen.

§ 3, Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Sofern Anschlüsse nach dem 31. August 1930 an Straßen, die mit Wasserleitung versehen sind, beantragt werden, hat Antragsteller außer den Gesamtkosten für die Abzweigleitung eine vom Gebührenzuschuß nach dem Umfange der Wasserentnahme festzusetzende Anschlußgebühr bis zur Höhe von 150,— RM. zu entrichten.

§ 6 erhält folgenden neuen Zusatz:

Bei Veränderungen des Personen- und Viehbestandes findet § 1 neu eingefügte Ziffer 13 ebenfalls Anwendung.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober 1930 in Kraft.

Silberberg, den 21. Juli 1930.

Wasserversorgungszweckverband Silberberg.
gez. Neumann, Maar, Walter, Jäschke.

Vorstehender 1. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Benutzung der Wasserleitung des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg wird hiermit genehmigt.

Breslau, den 22. August 1930.

(Siegel.)

Name des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

Genehmigung
Bl. 689/30.

Zu Vertretung.
Unterschrift.

Ortsfagung

betr. die öffentl. Wasserleitung des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg

Auf Grund der §§ 6, 14 bis 17 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 und des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und der §§ 1, 4, 7, 8, 9, 69, 87 und 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und gemäß der §§ 1, 9, 11, 17 und 21 des Zweckverbands-Gesetzes vom 19. Juli 1911 wird für das Gebiet des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg gemäß dem Beschluß des Verbandsausschusses vom 7. März 1929 folgende Ortsfagung erlassen:

§ 1.

Das Verbands-Wasserwerk ist eine Gemeindeanstalt und dazu bestimmt, das Gebiet des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg mit Trink- und Gebrauchswasser zu versorgen.

Die Wasserabgabe soll erfolgen:

a) für den häuslichen und wirtschaftlichen Bedarf der Einwohnerschaft;

b) für öffentliche Zwecke, insbesondere für Straßensprengung, Straßenreinigung, Kanalspülung und für Feuerlöschzwecke;

c) für gewerbliche und industrielle sowie sonstige Zwecke, soweit es der nach a und b erforderliche Bedarf gestattet. Eine Abgabe von Leitungswasser außerhalb des Verbandsgebietes ist nur mit Zustimmung des Verbandsausschusses gestattet.

§ 2.

Die Zuleitung zu den Grundstücken vom Straßenrohr bis zu dem Wassermesser bzw. Hauptabsperrhahn wird bis zu 20 Meter auf Kosten des Wasserversorgungszweckverbandes ausgeführt und unterhalten und bleibt Eigentum des Verbandes.

Der 20 Meter übersteigende Teil der Zuleitung wird gleichzeitig seitens des Verbandes auf Kosten des Grundstückseigentümers hergestellt.

Instandsetzungen und Erneuerungen der Anschlußleitungen, der Wassermesser und Absperrhähne werden, soweit sie auf Verschulden der Abnehmer zurückzuführen sind, auf deren Kosten durch den Zweckverband ausgeführt. Werden Angaben für die Veranlagung nach Pauschaltarifen erforderlich, so ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, diese Angaben dem Beauftragten des Verbandes zu machen.

§ 3.

Für jedes Grundstück wird auf Kosten des Verbandes in der Regel nur ein Straßenanschluß, und zwar auf dem kürzesten Wege bis innere Kante der Grundmauer hergestellt.

Werden auf besonderen Wunsch der Grundstücksbefitzer oder Nutznießer längere Anschlußleitungen oder mehrere Straßenanschlüsse ausgeführt, die für die Versorgung des Grundstücks nicht unbedingt notwendig sind, dann sind die Mehrkosten von den Auftragnehmern selbst zu tragen.

Die Wassermesser bezw. Hauptabsperrhähne sind frostfrei und in unterkellerten Gebäuden in dem Keller unterzubringen. Sofern die Möglichkeit nicht besteht, die Wassermesser bezw. Hauptabsperrhähne im Keller unterzubringen, wird auch bei Grundstücken mit mehreren Hausanschlüssen bezw. Wohngebäuden nur ein Schacht für den Wassermesser bezw. Hauptabsperrhahn im Innern des Gebäudes hergestellt, auch wenn mehrere eingebaut werden.

Die Kosten für die Schächte, die innerhalb der Gebäude hergestellt werden, fallen dem Grundstücksbefitzer zur Last.

§ 4.

Die Hausleitungen hinter dem Wassermesser bezw. Hauptabsperrhahn sind unter Beachtung der für das Gebiet des Wasser Versorgungszweckverbandes Silberberg erlassenen technischen Vorschriften von den Grundstücksbefitzern auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten.

§ 5.

Bestehende Hauswasserleitungen können nach Möglichkeit beibehalten werden, wenn sie dem vorgeschriebenen Betriebsdruck — 10 Atmosphären — genügen und bezüglich des Materials keinen schädlichen Einfluß auf die Beschaffenheit des Wassers ausüben. Der Anschluß der neuen Wasserleitung an vorhandene Wasserleitungen erfolgt lediglich auf Gefahr des Abnehmers. Änderungen an vorhandenen Hauswasserleitungen unterliegen den Bestimmungen für Neuanlagen.

§ 6.

Bedürftigen Hausbesitzern kann auf Antrag durch Beschluß des Verbandsausschusses zur Herstellung der Wasserleitung eine Beihilfe in Form von verzinslichen Vorschüssen gewährt werden, die in zu vereinbarenden Fristen zurückgezahlt werden müssen.

§ 7.

Der Verbandsvorsteher ist befugt, vorübergehend eine Einschränkung oder Entziehung der Wasserlieferung im Falle höherer Gewalt, bei Betriebsstörungen oder wahrzunehmenden öffentlichen Interessen für alle oder einzelne Abnehmer eintreten zu lassen.

Ein Anspruch auf Entschädigung steht den Abnehmern in keinem Falle zu, auch wenn das Leitungswasser in ungenügender Menge oder nicht in der üblichen Reinheit zum Abfluß kommen sollte.

Dasselbe gilt auch für Schäden, die durch Rohrbrüche der Anschlußleitungen verursacht werden.

§ 8.

Die Menge des entnommenen Wassers wird durch Wassermesser oder nach einem Pauschaltarif festgestellt.

§ 9.

Für die Benutzung der Verbandswasserleitung werden von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke Gebühren nach Maßgabe der hierüber erlassenen Gebührenordnung erhoben. Die Veranlagung der Gebühren erfolgt entweder nach Tarif A (Pauschaltarif) oder nach Tarif B (Wassermessertarif).

§ 10.

Einsprüche hierüber sind binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen durch den zuständigen Gemeindevorsteher an die Verbandsleitung (Verbandsvorsteher) schriftlich anzubringen.

Über den Einspruch beschließt der Gebührenausschuß. Gegen diesen Beschluß ist Klage binnen zwei Wochen im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Bezirksausschuß zulässig.

§ 11.

Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Silberberg, den 7. März 1929.

Wasser Versorgungszweckverband Silberberg.

J. B. Jäschke.

Vorstehende Ortsatzung betreffend die öffentliche Wasserleitung des Wasser Versorgungszweckverbandes Silberberg wird hiermit mit der Maßgabe bestätigt, daß es in der Einleitung vor § 1 in Zeile 1 statt der Worte: „Auf Grund der §§ 6, 14 bis 17 der Landgemeindeordnung“ heißen muß: „Auf Grund des § 6 der Landgemeindeordnung“.

Breslau, den 8. Mai 1930.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

(L. S.) In Vertretung gez.: Bochall.

Veröffentlicht.

Silberberg, den 13. Mai 1930.

Der Verbandsvorsteher.

J. B. Jäschke.

Ortsatzung betreffend die öffentliche Wasserleitung des Wasser Versorgungszweckverbandes Silberberg.

Auf Grund der §§ 6, 14 bis 17 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 und des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und der §§ 1, 4, 7, 8, 9, 69, 87 und 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und gemäß der §§ 1, 9, 11, 17

und 21 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 wird für das Gebiet des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg gemäß dem Beschluß des Verbandsausschusses vom 7. März 1929 folgende Ortsatzungs-Abänderung und Nachtrag beschlossen:

1. Nachtrag.

Der § 10 der Ortsatzung erhält folgende neue Fassung:

§ 10.

Jeder Eigentümer oder Nießbraucher eines an die Verbandswasserleitung angeschlossenen Grundstückes ist verpflichtet, seinen Mietern Wasser zu Genuß- und Wirtschaftszwecken aus der Wasserleitung gegen eine zwischen ihnen zu vereinbarende Entschädigung abzugeben. Ist der Anschluß eines Grundstückes an die Wasserleitung erfolgt, so ist auch aus dieser für sämtliche Bewohner des Grundstückes Wasser zu entnehmen und das Wassergeld hierfür zu entrichten.

Der § 11 dieser Ortsatzung erhält ebenfalls folgende neue Fassung:

§ 11.

Wird durch öffentliche Bekanntmachung des Wasserversorgungszweckverbandes eine Beschränkung des Wasserverbrauches angeordnet, oder der Verbrauch von Wasser für einzelne Zwecke ganz verboten, so darf die Wasserleitung nur in dem durch eine solche Bekanntmachung zugelassenen Umfange benutzt werden.

Bei Schadenfeuer ist der Hausbesitzer auf Anordnung der Polizei oder auf Verlangen der Feuerwehr verpflichtet, die Wasserleitung in seinem Grundstück bis zur Beendigung des Brandes geschlossen zu halten oder zu Feuerlöschzwecken benutzen zu lassen.

§ 12.

Den Beamten des Verbandes und deren sonstigen mit einem Ausweis versehenen Beauftragten ist unbefehdet das § 7 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. 12. 1850 — GS. S. 45 — jederzeit der Zutritt zu allen, von der Wasserleitung berührten Grundstücken und Gebäuden zu gestatten, auch den die Wasserleitungsanlage betreffenden Anordnungen des Wasserversorgungszweckverbandes unverzüglich Folge zu leisten.

§ 13.

Die Grundstückseigentümer haben die zur amtlichen Feststellung des Wasserverbrauches eingebauten Wassermesser stets zugänglich, deren Schächte frostfrei, sowie frei von Wasser und Schmutz zu halten und den Beamten und Arbeitern des Verbandes jeder-

zeit die Untersuchung der Hausleitung, die Ableseung der Wassermesser und sonstige Arbeiten zu gestatten.

§ 14.

Falls infolge von Vormundschaft, Pflegschaft usw. oder dadurch, daß das angeschlossene Grundstück sich im Eigentum einer Korporation, Aktiengesellschaft usw. befindet, eine gesetzliche Vertretung des Eigentümers besteht oder, falls der Eigentümer die Verwaltung oder Nutznießung des Grundstücks einer anderen Person übertragen hat, muß der Vertreter, Verwalter oder Nutznießer die nach vorstehenden Vorschriften dem Eigentümer obliegenden Verpflichtungen für diesen oder neben ihm erfüllen.

Befindet sich das Grundstück in dem Eigentum mehrerer Personen, so liegen einer jeden derselben die den Eigentümern nach diesem Ortsstatut treffenden Verpflichtung bis zu deren Erfüllung ob, sofern nicht einer von ihnen ausdrücklich mit der Vertretung des anderen beauftragt ist.

§ 15.

Einsprüche sind binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen durch den zuständigen Gemeindevorsteher an die Verbandsleitung (Verbandsvorsteher) schriftlich anzubringen.

Über den Einspruch beschließt der Gebührenausschuß.

Gegen diesen Beschluß ist Klage binnen zwei Wochen im Verwaltungstreitverfahren vor dem Bezirksausschuß zulässig.

§ 16.

Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Silberberg, den 16. September 1930.

**Der Verbandsausschuß
des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg.**
gez. Neumann. gez. Lof. gez. Fäschle usw.

Vorstehende Änderung des Ortsstatuts betreffend die öffentliche Wasserleitung des Wasserversorgungszweckverbandes Silberberg wird mit der Maßgabe bestätigt, daß es in der Einleitung vor § 1 in Zeile 1 statt der Worte „Auf Grund der §§ 6, 14 bis 17 der Landgemeindeordnung“ heißen muß: „Auf Grund des § 6 der Landgemeindeordnung.“

Breslau, den 3. November 1930.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

In Vertretung: gez. Bochalla.

(Siegel.)

Sonderbeilage

zum Amtsblatt der Preussischen Regierung in Breslau

zu Stück 34

Ausgegeben Breslau den 20. August

1932

Polizeiverordnung

Auf Grund der §§ 28 ff. des Polizeiverwaltungs-gesetzes vom 1. Juni 1931 (G.-S. S. 77), des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195), der Artikel 5, 6, 7 und 9 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (G.-S. S. 23) sowie der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 wird für den Stadtbezirk Dels unter Zustimmung des Magistrats nachstehende Polizeiverordnung (Wohnungsordnung) erlassen:

I. Geltungsbereich.

§ 1.

Dieser Wohnungsordnung unterliegen:

1. Wohnungen, die einschließlich Küche aus 4 oder weniger zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen bestehen, wobei Eigenwohnungen dieser Art in Gebäuden, die ausschließlich von einer Familie bewohnt werden (Einfamilienhäuser), nur dann in Betracht kommen, wenn in ihnen familienfremde Personen der in Ziffer 2 genannten Art aufgenommen werden;
2. größere Wohnungen, in denen nicht zur Familie gehörende Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren), Einkieger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger oder Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburschen und -mädchen) aufgenommen werden;
3. Wohn- oder Schlafräume, die von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten, Gewerbegehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen), Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge oder sonstigen Angestellten oder Arbeitern zugewiesen sind;
4. solche Wohn- oder Schlafräume in Mietwohnungen, die im Keller oder in einem nicht voll ausgebauten Dachgeschoß liegen;
5. Ledigenheime und Arbeiterlogierhäuser.

§ 2.

Wohnungen im Sinne der Wohnungsordnung ist der Raum oder die Gesamtheit der Räume, die einer einzelnen Person oder mehreren zu einem Haushalt vereinigten Personen (Familienwohnung) zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses dient oder dienen soll. Wohnungen, die von mehreren Mietern gemein-

schaftlich gemietet sind, gelten hinsichtlich der Zahl der Räume als zwischen ihnen geteilt. Räume, die miteinander in unmittelbarer offener Verbindung stehen, gelten als ein Raum.

II. Beschaffenheit der Wohnungen.

§ 3.

Als Wohn- oder Schlafräume einschließlich Küche dürfen nur solche Räume benützt werden, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

§ 4.

Die Wohnungen und alle dazu gehörigen Teile des Hauses und des Grundstücks müssen in dem baupolizeilich vorgeschriebenen Zustande erhalten werden. Sie dürfen nicht verwahrlost, verunreinigt oder zweckwidrig benützt werden und müssen stets so beschaffen sein, daß ihre Benutzung nicht gesundheitschädlich oder sonst gefährlich ist. Die Wohnung darf nicht ungesund feucht sein. Für bequeme und ausreichende Lüftung ist zu sorgen. Der Fußboden muß eine undurchlässige Befestigung haben. Die Wände müssen verputzt, Fenster und Dächer dicht sein.

§ 5.

Jede Wohnung bzw. jeder vom allgemeinen Flur zugängliche Wohnraum, muß einen eigenen verschließbaren Eingang haben.

Dies kann auch für Wohnungen verlangt werden, die von mehreren Haushaltungen gemeinschaftlich bewohnt werden.

§ 6.

Jede Familienwohnung muß eine Kochstelle besitzen, doch können im gegenseitigen Einverständnis auch mehrere Familien eine Kochstelle benutzen.

In erreichbarer Nähe einer jeden Familienwohnung muß sich eine Wasserentnahmestelle befinden.

Die Trinkwasserzapfstellen dürfen nicht in Aborten liegen.

Für jede Familienwohnung soll in der Regel ein Abort vorhanden sein. Dieser darf notfalls aber höchstens für 2 Familien dienen. Er muß von innen verschließbar sein und ohne Verletzung von Scham und Sitte benutzt werden können. In den Ledigenheimen und Arbeiterlogierhäusern ist je nach der Anzahl der Bewohner für eine genügende Anzahl von Aborten Sorge zu tragen.

III. Benutzung der Wohnungen.

§ 7.

Eine Wohnung muß soviel Raum enthalten, daß außer dem Ehepaar die über 12 Jahre alten Personen nach Geschlechtern getrennt in besonderen Räumen schlafen können.

An Luftraum müssen auf jede Person mindestens 10 Raummeter entfallen.

Personen, die mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind, bedürfen einer besonderen Lagerstätte.

Räume, in denen für den Handel und Verkehr bestimmte Nahrungs- und Genußmittel, übelriechende oder gesundheitschädliche Gegenstände hergestellt oder aufgehoben werden, dürfen nicht zum Schlafen benutzt werden.

IV. Abvermietung, Schlafstellen und Angestelltenräume.

§ 8.

Teile einer Wohnung dürfen nur dann abvermietet werden, wenn sowohl der abvermietete Teil als auch der dem Vermieter verbleibende Teil, jeder für sich, den Vorschriften der Wohnungsordnung entspricht.

Dies gilt auch für die Aufnahme familienfremder Personen (Kost- und Schlafleute) und für die Unterbringung von Dienstboten, Gewerbe- und Handelspersonal und sonstigen Angestellten und Arbeiter.

Die Ausnahme solcher Personen in Familien, in der eine ansteckende Krankheit herrscht, ist nicht gestattet.

§ 9.

Die Schlafräume der im § 8 angeführten Personen dürfen mit den Wohn- und Schlafräumen des Quartiergebers oder mit den Schlafräumen des anderen Geschlechts nicht in offener Verbindung stehen.

§ 10.

Für die in § 8 angeführten Personen ist eine besondere Lagerstätte zur Verfügung zu stellen, die mindestens mit einem Strohsack, einem Kopfkissen, einem Laken und einer wollenen Decke ausgestattet sein muß.

Diese Gegenstände sind in sauberem Zustande zu erhalten; das Stroh ist mindestens halbjährlich zu erneuern.

Die Benutzung einer Lagerstätte von verschiedenen Personen schichtweise (nacheinander) ist verboten.

§ 11.

Für nach Geschlechtern getrennte Waschgelegenheiten ist in den Schlafräumen oder in leicht erreichbarer Nähe Sorge zu tragen.

§ 12.

Die Unterbringung von Dienstboten und sonstigen Hauspersonals hat in heizbaren Räumen zu erfolgen, wenn diesen Personen keine Möglichkeit geboten ist, sich tagsüber in anderen Räumen zu erwärmen.

V. Wohnungsaufsicht.

§ 13.

Die Aufsicht über die Wohnungen ist eine Gemeindeangelegenheit und liegt dem Magistrat ob, der sie nach Artikel 6 §§ 1—4 des Wohnungsgesetzes vom 28. 3. 1918 (G.-S. S. 23) handhabt.

VI. Straf-, Ausnahme- und Schlußbestimmungen.

§ 14.

Verantwortlich für die Einhaltung der Vorschriften der Wohnungsordnung sind

- a) der Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter,
- b) die Mieter und Untermieter.

§ 15.

Die Benutzung von Wohnungen oder Teilen davon, die den Vorschriften der Wohnungsordnung nicht entsprechen, kann beanstandet, untersagt oder von der Beseitigung der Mißstände abhängig gemacht werden.

Läßt sich durch Rat, Belehrung oder Mahnung keine Abhilfe schaffen, dann ist der Magistrat befugt, die im Art. 6, § 3 des Wohnungsgesetzes vom 28. 3. 1918 vorgeesehenen Anordnungen zu erlassen.

Auch können Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Wohnungsordnung, soweit nicht nach der Bestimmung anderer Gesetze höhere Strafen verwirkt sind, mit Zwangsgeld bis zu 50 RM. oder entsprechender Zwangshaft bis zu 1 Woche bestraft werden.

§ 16.

Diese Wohnungsordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft und am 1. Juni 1952 außer Kraft.

Die bei Einrichtung von Notwohnungen getroffenen Vereinbarungen zwischen Magistrat und Hausbesitzer werden durch die Wohnungsordnung nicht berührt. (I. 4656/32.)

De l s., den 13. August 1932.

Der Erste Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Sonderbeilage

zum Amtsblatt der Preussischen Regierung in Breslau

zu Stück 34

Ausgegeben Breslau, den 20. August

1932

Nachweisung

über Sicherungsbeschlüsse für landw. Betriebe und Treuhänderbestellung
auf Grund der Notverordnung vom 17. November 1931.

Kreis	Name des Betriebsinhabers	Wohnort	Sicherungs- verfahren eröffnet am:	Name des Treuhänders	Wohnort des Treuhänders
-------	------------------------------	---------	--	-------------------------	----------------------------

Berichtigungen

Kreis	Name des Betriebsinhabers	Wohnort	Sicherungs- verfahren eröffnet am:	Name des Treuhänders	Wohnort des Treuhänders
Löwenberg	Carstens, Fr.	Schmottseifen		Felix Bessert	Jannowitz/Mggb.
	Bingel, Jenny	Kleppelsdorf		"	"
	Leder, Alfred	Gr. Radvitz		"	"
	Hartmann, Max	Schmottseifen		"	"
Dhlau	Biermuske, Paul	Zeltfch		Christian Voeper	Schön-Elguth, Krs. Trebnitz
Schönan	v. Puttkammer, Ella	Ketschdorf		Felix Bessert	Jannowitz/Mggb.

In der Sonderbeilage Stück 32 (6. 8. 32) unter Berichtigungen Kr. Dhlau, heißt der Treuhänder: Voeper nicht Voepfer. In der gleichen Ausgabe unter eröffnete Sicherungsverfahren Kr. Glatz, heißt der Antragsteller: v. Eichborn nicht v. Eichhorn.

Kreis	Name des Betriebsinhabers	Wohnort	Sicherungs- verfahren aufgehoben am:	Name des Treuhänders	Wohnort des Treuhänders
-------	------------------------------	---------	--	-------------------------	----------------------------

Aufgehobene Sicherungsverfahren

Brieg	Franke, Herm. Feiler, Friedrich	Michelwitz Samitz			
Grünberg	Klein, Otto Helbig, Emma	Lättnitz Sawade			
Wohlan	Meier, Aug. Krömsdorf, Ernst	Winzig Tscheschen			
Guhrau	Marquardt, Herm.	Bobile	16. 2. 32		

Kreis	Name des Betriebsinhabers	Wohnort	Sicherungs- verfahren eröffnet am:	Name des Treuhänders	Wohnort des Treuhänders
-------	------------------------------	---------	--	-------------------------	----------------------------

Eröffnete Sicherungsverfahren

Breslau- Stadt	Liehr, Georg	Friedewalde		Rud. Barthe	Hundsfeld
Frehstadt	Lorenz, Eheleute	Lippen		Dr. Kloß	Neustädtel
Guhrau	Klamt, Alwin	Gaisbach		Baude	Gaisbach
Landeshut	Fichtner, Ida geb. Müller	Grüßau		Bogt	Blasdorf b. Liebau
Löwenberg	Joschko, Conrad	Märzdorf		E. Pawel	Lähn a. B.
Militzsch	Zimmerling, Otto	Kollande		Paul Scholz	Wilbbahn
Dels	Boin, Oskar Scholz, Franz Khmman, Theodor	Buchwald Gr. Böllnig Al. Böllnig		Dir. Lehmann Walter Dir. Lehmann	Dels = =
Sagan	Scheunichen, Paul	Hermisdorf		Walter Wernede	Sagan

Breslau, den 20. August 1932.

Landstelle Breslau.